

Landkreis Stendal

Altmärk:
4266 Frauen ohne Arbeit

Arbeitnehmerinnen sind oft verkürzt tätig

Stendal (vl) • In der Altmärk beträgt die Arbeitslosenquote der Frauen 8,8 Prozent, das sind 4266 Personen. Die Quote der Männer liegt mit 9,9 Prozent 1,1 Prozentpunkte höher. In Zahlen ausgedrückt sind demnach 5556 Männer arbeitslos.

„Der Wiedereinstieg in das Erwerbsleben fällt Frauen manchmal schwerer. Sie sind dann jedoch nachhaltiger beschäftigt und haben ein geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Da sie vermehrt in Berufen angestellt sind, in denen saisonale Einflüsse kaum eine Rolle spielen“, begründet Torsen Narr, Chef der Agentur für Arbeit Stendal.

Frauen nutzen weiterhin häufiger Teilzeitarbeit als Männer. In der Altmärk sind 31.741 Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ihr Anteil an allen Beschäftigten beträgt 50,3 Prozent. Fast die Hälfte aller beschäftigten Arbeitnehmerinnen ist mit einer reduzierten Arbeitszeit angestellt. Als Hauptgrund dafür nennen sie die Kinderbetreuung. Zum Vergleich: Bei den Männern ist es jeder Zehnte.

Die Beschäftigungsquote der Frauen hat sich in den vergangenen zehn Jahren an die der Männer angeglichen. Sie berücksichtigt alle Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach dem Wohnort. Lag sie im Jahr 2007 noch bei 49,0 Prozent, so beträgt sie jetzt 59,4 Prozent. Männer sind in der Altmärk mit einem Anteil von 60,4 Prozent beschäftigt. Der Agenturchef sieht in der Erhöhung der Erwerbsneigung zahlreicher Frauen Potenzial zur Fachkräftesicherung. „Wenn es uns gelingt, gemeinsam mit Arbeitgeber und Partnern die Vereinbarkeit von Familien und Beruf voranzubringen, zum Beispiel durch aufeinander abgestimmte Kinderbetreuung und entsprechende Arbeitszeitmodelle, lassen sich auch nichtberufstätige Arbeitskräfte aktivieren oder die Arbeitszeit von berufstätigen Frauen erweitern.“

Telefonaktion zum Frauentag

Wer nach Zeiten der Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen wieder in den Beruf einsteigen oder sich neu orientieren möchte, hat viele Fragen. Anlässlich des Frauentags findet deshalb am Donnerstag, 8. März, eine Telefonaktion speziell für Frauen statt. Das Angebot richtet sich an beschäftigte und arbeitslose Frauen, die Fragen rund um den Arbeitsmarkt haben. Von 10 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr ist die Wiedereinstiegsberaterin Marion Manthe erreichbar.

Wiedereinstiegsberaterin Marion Manthe berät unter der Telefonnummer 03931/64 02 38.

Meldung

Finanzausschuss tagt am Donnerstag

Stendal (vl) • Der Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss des Stendaler Kreistages kommt am Donnerstag, 8. März, im Landratsamt zusammen. Die Beratung beginnt um 17 Uhr.

„Andere Sachen waren schwieriger“

So bewerten Sozialdemokraten aus der Ostaltmark den Ausgang der Mitgliederbefragung

Die SPD-Mitglieder haben entschieden: Ihre Partei geht wieder in die Große Koalition. Die Reaktionen auf den am Ende doch recht deutlichen Ausgang der Mitgliederbefragung fallen bei den Genossen im Landkreis Stendal recht unterschiedlich aus.

Von Donald Lyko Stendal • Patrick Puhlmann ist seit 2002 Mitglied der SPD. Wenn er auf die 16 Jahre seiner blickt und mit der aktuellen Mitgliederbefragung vergleicht, kommt er zu dem Schluss: „Da waren schon andere Sachen schwieriger.“ Er hätte ein deutlich knapperes Ergebnis erwartet, sagt der Vorsitzende des Tangermünder SPD-Ortsvereins und stellvertretende Kreisvorsitzende. Auch eine Mehrheit gegen die GroKo hätte ihn nicht überrascht. „Ich habe es offener gesehen, denn jede Seite hatte gute Argumente“, so Patrick Puhlmann. Was die Zukunft betrifft, schließt sich der Tangermünder den Genossen an, die sagen: „Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir nicht wieder im Alltag landen.“ Erneuerung heiße für ihn in erster Linie, „bestimmte Fragen anzugehen, auf die wir Antworten haben.“ Und dabei dürfe die Partei nicht so zerrissen auftreten wie bisher, wodurch nach innen und außen die sozialdemokratische Position oft nicht klar war. Puhlmann: „Für die Wähler, aber auch für jedes Parteimitglied müssen die Fragen so beantwortet werden, dass sie sehen, wo die SPD steht.“ Und diese eigene Positionierung müsse unabhängig von Positionen der CDU/CSU erfolgen.

Auch Jürgen Roswandowitz, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Stendal, hatte mit einem knapperen Ergebnis gerechnet. Dass es am Ende doch eine Zweidrittel-Mehrheit für die GroKo gab, darin sieht er das Ergebnis



Patrick Puhlmann



Eine deutliche Mehrheit der SPD-Mitglieder hat beim „Ja“ das Kreuz gemacht und damit den Weg freigemacht für die Fortsetzung der Großen Koalition. Foto: Kay Nietfeld/dpa

eines Prozesses: Während bei den meisten der erste Impuls nach der Bundestagswahl war: So kann es nicht weitergehen, hätten sich viele von ihnen wohl doch anders entschieden. Er selbst sei „voll auf der Linie der Jusos“. Der Koalitionsvertrag sei „pünktlich sicher eine gute Sache“, sagte Jürgen Roswandowitz, doch eine echte Weichenstellung gebe es damit nicht beziehungsweise sei die damit verbundene Erneuerung der Partei „muss jetzt ernsthaft weitergeführt werden“, fordert der Stendaler, „denn der Prozess ist eingeläutet, er ist ergebnisoffen“. Darüber täusche auch das Ergebnis der Mitgliederbefragung nicht hinweg, denn nach Ansicht von Jürgen Roswandowitz gebe das 66:34-Ergebnis



Jürgen Roswandowitz

das Stimmungsbild in der SPD nicht richtig wieder. Das sieht er eher bei fifty-fifty. Für die GroKo gestimmt hat Herbert Wollmann, Vorsitzender der Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsstelle im Stendaler Stadtrat, weil ihm die Gegenargumente, unter anderem der Jusos, nicht überzeugt haben. Ihm leuchte nicht ein, was an einer Absage an die GroKo hätte besser sein sollen. Natürlich wäre eine Minderheitsregierung spannend gewesen, sagte Wollmann. Und ja, gleich nach der Wahl habe er gedacht, dass eine erneute Große Koalition „uns nicht gut bekommen wird“. Doch nach dem Jamaika-Aus habe er sich für die GroKo ausgesprochen, „um endlich wieder zu Potte zu kommen“. Darum ist

der Kommunalpolitiker froh über das „einigermaßen deutliche Ergebnis“. Er habe sich aus reinen Vernunftgründen für die GroKo entschieden. Sein Vorschlag: Nach zwei Jahren in der Regierung sollte die Parteispitze schauen, wo man steht und wie die SPD-Vorhaben umgesetzt werden konnten – und sich notfalls aus der Koalition verabschieden.

Mit einem 60:40-Ausgang hatte Juliane Kleemann, Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Stendal, zwar gerechnet, dass es am Ende sogar eine Zwei-Drittel-Zustimmung gab, hat die Stendalerin aber doch überrascht. Sie hält das Ergebnis und damit die Regierungsbeteiligung für richtig, denn alle Alternativen wären ihrer Ansicht nach schwieriger geworden. Jetzt müsse geschaut werden, was die SPD aus dem Koalitionsvertrag macht. „Mit diesem Ergebnis kann ich le-



Herbert Wollmann

ben, damit kann man jetzt arbeiten“, sagte sie gestern im Volksstimme-Gespräch. Ihr Gefühl, dass die Entscheidung zur GroKo nicht nur von einer kleinen Gruppe gefällt worden ist, sondern dass die Parteibasis diese Entscheidung mit ihrem Votum mitgetragen hat. Jetzt gelte es zu beweisen, dass die SPD in der Bundesregierung mitarbeiten und sich gleichzeitig erneuern kann. Denn diesen Prozess der Erneuerung, so wie ihn die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt bereits vor zwei Jahren begonnen haben, wünscht sie sich für die Bundespartei. Das Brett, das es zu zersägen gilt, sei zwar „relativ dick“, aber in der SPD gebe es viele motivierte Mitglieder, die sagen: Das werden wir schaffen.



Juliane Kleemann

„Nach dem Betrachten der Unfallfotos in der Akte sagte der Staatsanwalt, dass die Schäden „schon mit flüchtigem Blick“ zu erkennen gewesen seien. Der Angeklagte müsse den Unfall bemerkt haben. Dieser Fall entspreche dem Regelfall. Und deshalb sei neben dem Anspruch einer Geld- oder Haftstrafe auch der Entzug der Fahrerlaubnis und eine Sperre zur Wiedererlangung anzunordnen, die er mit sieben Monaten bezifferte. Als Geldstrafe hielt er 1200 Euro für angemessen. Zudem sei die Grenze zum höchststrafrechtlich festgestellten „bedeutenden Schaden“ mit über 1000 Euro weit überschritten worden.“

Michael Hentschel übergibt Amt an Benjamin Ulrich

35 Nachwuchskünstler bewarben sich um Musikschulpreis der Jütting-Stiftung / Belobigung für Lukas Bessert

Stendal (vl) • Am vergangenen Wochenende fand der 22. Musikschulpreis der Jütting-Stiftung statt. 35 Nachwuchsmusiker aus ganz Sachsen-Anhalt hatten sich angemeldet. Ausgeschrieben waren in Anlehnung an den bundesweiten Wettbewerb „Jugend musiziert“ die Fächer Klavier vierhändig (an einem Klavier), Gitarre solo, Blasinstrumente (solo oder mit einem Begleiter) und Klavier-Streicher-Duo.

Zehn Solisten beziehungsweise Ensembles gelangten in die Endrunde, die im Stendaler Musikforum Katharinenkirche

Alle Ergebnisse im Überblick

1. Platz (je 750 Euro): Franz Leo Bondick und Franz Martin Gnlike, Klavierduo, Konservatorium Magdeburg.

Magdeburg

Johann Schlegel, Klarinette, Wolmirstedt

Clara Johanna Projahn und Susanna Lena Schwarzkopf, Duo Violine/Klavier, Konservatorium

2. Platz (je 500 Euro): Til Schöppe, Altsaxophon, Mansfeld/Südharz

Denis Vinogradski, Gitarre, Oschersleben

Christoph Blamberg, Klavier, Wolmirstedt

3. Platz (je 250 Euro): Antonia Jakob, Klarinette, Mansfeld/Südharz

Robin Delgado und Celina Delgado, Klavierduo, Harz

Luzie Küster, Trompete, Salzlandkreis

für die Endrunde qualifizieren. Er erhielt von der Jury eine Belobigung.

Beim Musikschulpreis ging in diesem Jahr eine Ära zu Ende. Stadtmusikdirektor Michael Hentschel, vormals Leiter des Adam-Ileborgh-Hauses, hat den Wettbewerb 22 Jahre lang organisiert. Nun gibt er diese Aufgabe altersbedingt ab. Der stellvertretende Leiter der Kunst- und Musikschule, Benjamin Ulrich, dankte Hentschel für seine Tätigkeit und versprach, die übernommene Aufgabe in Zukunft sorgsam fortzuführen.



Herbert Wollmann (rechts) vom Jütting-Stiftungsvorstand verabschiedet Michael Hentschel als Organisator des Musikwettbewerbes. Diese Aufgabe übernimmt Benjamin Ulrich (links).



35 Nachwuchsmusiker aus Sachsen-Anhalt nahmen am Wettbewerb um den Musikschulpreis der Jütting-Stiftung teil. Zehn Solisten beziehungsweise Ensembles qualifizierten sich für die Endrunde. Preisträger und Jury stellten sich nach der Siegerehrung gemeinsam zum Foto. Fotos: privat

Rentner fährt nach einem Unfall davon

Einmonatiges Fahrverbot verhängt

Von Wolfgang Biermann Stendal • Einen Unfall verursacht zu haben und danach einfach weggefahren zu sein, wurde einem Rentner aus Osterburg zur Last gelegt. Das Amtsgericht verurteilte den 84-Jährigen jüngst wegen Unfallflucht zu 900 Euro Geldstrafe und verhängte dazu ein einmonatiges Fahrverbot.

Bislang hatte der Angeklagte „gar nichts“, weder einen Eintrag im Strafregister noch Punkte im Flensburg-Verkehrsregister, hieß es in der Urteilsbegründung von Richter Rainer Mählenhoff.



Schaden liegt bei 2160 Euro

Mit seinem Wagen hatte der 84-Jährige laut Anklage am Nachmittag des 15. September 2017 in der Breiten Straße in Osterburg beim Ausparken einen VW Passat beschädigt und dabei einen Schaden von 2160,41 Euro verursacht. Als Passanten ihn darauf aufmerksam gemacht hatten, sei er kurz ausgestiegen, habe sein eigenes und das andere Auto angeschaut und sodann den Unfall verlassen.

Er hätte von einem Unfall weder etwas gespürt noch gehört, gab der auf ein Hörgerät angewiesene Rentner vor Gericht an. Schäden hätte er auch keine gesehen. Polizeibeamte hatten ihn kurz nach dem Unfall gestellt. Denen hatte er laut Protokoll gesagt, dass der Akku vom Hörgerät „alle“ gewesen sei. Derzeit nutze er gar kein Hörgerät, weil es neu justiert werden müsse. Und: Er benötige als chronisch Kranker seine Fahrerlaubnis für regelmäßige auswärtige Arztbesuche.

Nach dem Betrachten der Unfallfotos in der Akte sagte der Staatsanwalt, dass die Schäden „schon mit flüchtigem Blick“ zu erkennen gewesen seien. Der Angeklagte müsse den Unfall bemerkt haben. Dieser Fall entspreche dem Regelfall. Und deshalb sei neben dem Anspruch einer Geld- oder Haftstrafe auch der Entzug der Fahrerlaubnis und eine Sperre zur Wiedererlangung anzunordnen, die er mit sieben Monaten bezifferte. Als Geldstrafe hielt er 1200 Euro für angemessen. Zudem sei die Grenze zum höchststrafrechtlich festgestellten „bedeutenden Schaden“ mit über 1000 Euro weit überschritten worden.

Medizinisch-Psychologische Untersuchung möglich

Der Verteidiger schloss sich den Ausführungen des Staatsanwalts inhaltlich an, bat aber das Gericht um eine „so gering wie mögliche“ Sperrfrist für die Wiedererlangung der Fahrerlaubnis. Richter Rainer Mählenhoff entschied jedoch anders. Er hatte ein Einsehen mit dem Angeklagten. Er ordnete neben der von ihm als ausreichend angesehenen 900-Euro-Geldstrafe lediglich ein einmonatiges Fahrverbot an. „Den einen Monat müssen Sie organisieren.“

Gleichwohl sei es möglich, dass die Führerscheinstelle des Landkreises auf den Fall aufmerksam wird und eventuell eine Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) anordnen könne, gab Richter Mählenhoff zu bedenken.